

Höllenfahrt einer politischen Utopie?

Das Ende des Marxismus – und seine offenen Fragen

Der 2. Band von Karl Poppers sozialphilosophischem Hauptwerk *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde* aus dem Jahre 1945 trägt den Untertitel: *Falsche Propheten: Hegel, Marx und die Folgen*. Das Fazit dieses Buches ist berühmt geworden – es lautet: „der Versuch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, erzeugt stets die Hölle.“¹ Popper führt die Repression, die in allen kommunistischen Staaten stattgefunden hat und immer noch stattfindet, darauf zurück, dass die Utopie der klassenlosen Gesellschaft zum Scheitern verurteilt sei. Er wirft den Kommunisten des 20. Jahrhunderts vor, sich dies nicht eingestanden und statt dessen eine „Verschwörungstheorie“ entwickelt zu haben, derzufolge die Realisierung der kommunistischen Utopie durch die Bosheit der Kapitalisten behindert werde – bildlich gesprochen: durch die (Zitat Popper) „dunklen Pläne des Teufels“.² Wer in seinen politischen Gegnern Teufel sieht, ist innerlich darauf gepolt, sie mit allen Mitteln zu bekämpfen – auch und gerade mit Hilfe von Gewalt.

Poppers Charakterisierung der kommunistischen Herrschaft als einer „Hölle“ in seinem Buch *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde* ist insbes. auf den sogenannten „roten Terror“ während des russischen Bürgerkrieges 1918-21 und auf die Gewaltherrschaft Stalins gemünzt. Der von Chruschtschow initiierte Prozess der Entstalinisierung hat Poppers Urteil über den Kommunismus allerdings nicht gemildert. In einem Interview mit dem *Spiegel* aus dem Jahre 1992 äußert Popper erneut seine „moralische Abscheu“ vor dem Kommunismus.³ Er interpretiert die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba zu Beginn der 60er Jahre folgendermaßen: „Chruschtschow hatte einen vernichtenden Überfall auf die USA geplant. [...] Die Kuba-Krise offenbarte, wozu der Marxismus in seiner Zielsetzung fähig war: die gewaltsame Zerstörung des Kapitalismus mit Kernwaffen zu versuchen.“⁴ Ich möchte auf die Kuba-Krise nicht näher eingehen, jedoch anmerken, dass vor der Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba US-amerikanische Mittelstreckenraketen in der Türkei aufgestellt worden waren. Die Kuba-Krise wurde dadurch gelöst, dass sich die Sowjetunion bereit erklärte, ihre Raketen auf Kuba abzuziehen, wenn die USA ihre Raketen in der Türkei abbauten – was dann auch geschah.

¹ Popper: *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*. Bd. II: *Falsche Propheten: Hegel, Marx und die Folgen*. Tübingen 2003. S. 277.

² Ebd. S. 112.

³ Popper: *Alles Leben ist Problemlösen. Über Erkenntnis, Geschichte und Politik*. München 1994. S. 305.

⁴ Ebd. S. 287.

Popper bekräftigt im erwähnten *Spiegel*-Interview seinen Vorwurf, die Kommunisten hätten für das Scheitern ihrer Gesellschaftsutopie einen Sündenbock gesucht und aus diesem Grunde eine abwegige Verschwörungstheorie entwickelt: Diese sei ein – so wörtlich – „kommunistische[r] Wahnsinn.“⁵ Zitat Popper: „Das, was Marx Kapitalismus genannt hat, hat es nie auf der Welt gegeben [...] Marx hat den Kapitalismus mit der Hölle verglichen. Die hat es sowenig auf der Erdoberfläche gegeben wie die Dantesche Hölle.“⁶

Poppers Vorwurf, die marxistische Gesellschaftstheorie sei blind für die Realitäten des kapitalistischen Systems, ist daran festgemacht, dass Marx und Engels im *Manifest der kommunistischen Partei* aus dem Jahre 1848 eine fortschreitende Verelendung der Proletarier prognostizierten, durch die ein revolutionäres Potential geschaffen werde; tatsächlich verbesserten sich jedoch die Lebensbedingungen der Industriearbeiter in den kapitalistischen Staaten im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und erst recht im 20. spürbar; aus diesem Grunde blieb eine kommunistische Umwälzung in den entwickelten Industriestaaten aus. In Russland und China kamen die Kommunisten zu einem Zeitpunkt an die Macht, als ihre Länder gemäß der Theorie von Marx und Engels für eine kommunistische Revolution noch gar nicht reif waren: Es handelte sich um weitgehend agrarische Feudalstaaten; gemäß der Theorie von Marx und Engels hätte in ihnen zunächst durch eine bürgerliche Revolution der Weg zur kapitalistischen Industrieproduktion geebnet werden müssen. Diese bildet nach Marx und Engels die historische Voraussetzung für den Übergang in den Kommunismus. Der paradoxe Sachverhalt, dass im 20. Jahrhundert kommunistische Revolutionen in feudalistischen Gesellschaften stattgefunden haben, in denen sie gemäß der Theorie von Marx und Engels gar nicht hätten stattfinden dürfen, wird uns noch beschäftigen.

Zurück zu Popper: Im erwähnten *Spiegel*-Interview wenden die Journalisten gegen Poppers Behauptung, den Arbeitern gehe es im Kapitalismus kontinuierlich besser, ein, die Kluft zwischen Reich und Arm bestehe nach wie vor im Verhältnis zwischen den kapitalistischen Industriestaaten und dem globalen Süden.⁷ Popper hält dem entgegen, die Not in den südlichen Ländern sei hauptsächlich „auf politische Dummheit der Führer in den verschiedenen Hunger-Staaten zurückzuführen.“⁸ Die Auffassung, der euro-

⁵ Ebd. S. 284.

⁶ Ebd. S. 284 f.

⁷ Ebd. S. 289 f.

⁸ Ebd. S. 285.

päische Kolonialismus trage eine Mitschuld an der Armut des Südens, sei „barer Unsinn“.⁹

Ein ganz anderes Bild des Kommunismus als Popper zeichnet Orlando Figes: Er ist Geschichtsprofessor in London und hat sich durch 2 Bücher zum sowjetischen Kommunismus einen Namen gemacht. Das erste behandelt die Hintergründe und unmittelbaren Auswirkungen der Oktoberrevolution 1917, es trägt den Titel *Die Tragödie eines Volkes*. Das zweite – *Die Flüsterer* – schildert den Stalinschen Terror aus der Perspektive der Verfolgten; der Titel ist darauf gemünzt, dass sich damals viele Menschen zu Hause nur noch im Flüsterton unterhielten – aus Angst, abgehört zu werden. Figes schreibt am Schluss seines Buches *Die Tragödie eines Volkes*:

„Die russische Revolution setzte ein riesiges Experiment in angewandter Soziologie in Gang – vielleicht das größte in der Geschichte der Menschheit. Es lässt sich durchaus behaupten, dass die Menschheit dieses Experiment zu irgendeinem Zeitpunkt ihrer Evolution machen musste, als logische Folgerung aus dem historischen Streben nach Gerechtigkeit und Kameradschaft.“¹⁰

Figes begründet seinen Standpunkt mittels der These, dass der Erste Weltkrieg entscheidenden Anteil an der Russischen Revolution hatte. Er verweist auf die Ansicht der meisten damaligen Sozialisten, „dass der Kapitalismus und der imperialistische Wettlauf die eigentlichen Ursachen des Krieges gewesen seien und dass sie, um einen weiteren vergleichbaren Krieg zu vermeiden, irgendwie beseitigt werden müssten.“¹¹ Figes stimmt dieser Ansicht nicht explizit zu; indem er die Russische Revolution als ein historisch notwendiges Experiment kennzeichnet, gibt er jedoch zu verstehen, dass im 1. Weltkrieg ein grundsätzlicher Missstand aller bisherigen Politik zum Ausdruck kommt. Das kommunistische Experiment musste nach Figes also deshalb unternommen werden, weil die Katastrophe des 1. Weltkriegs kein Betriebsunfall der Weltgeschichte war, sondern die logische Folge der bisherigen Art, Politik zu betreiben. Im Schlusssatz des *Kommunistischen Manifests* von Marx und Engels: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ äußert sich die Zuversicht, dass durch den Sieg des Sozialismus die Institution des Krieges verschwinden wird. Dementsprechend erheben Marx und Engels den Anspruch, mit ihrer Analyse der bisherigen Gesellschaftsformen das historische Faktum erklären zu können, dass Kriege die Menschheitsgeschichte durchziehen.

⁹ Ebd.

¹⁰ Figes: *Die Tragödie eines Volkes*. Berlin 2008. S. 871.

¹¹ Ebd.

Figes lässt keinen Zweifel daran, dass das Experiment der russischen Revolution „auf entsetzliche Weise“ gescheitert ist.¹² Seine Erklärung dieses Scheiterns berührt sich in der Hinsicht mit der Popperschen, dass auch für ihn das Ideal der klassenlosen Gesellschaft prinzipiell nicht realisierbar ist. Figes bestreitet jedoch, dass die Gewaltherrschaft Stalins eine notwendige Folge des kommunistischen Umsturzes war.¹³ Nach Figes lässt sich der Weg von der Oktoberrevolution zum Stalinismus ohne die weltpolitische Situation am Ende des 1. Weltkriegs nicht verstehen:

„Keiner der Bolschewiki von 1917 hatte erwartet, dass Sowjetrußland allein bliebe – und noch weniger, dass es überleben könnte, wenn das der Fall wäre. Ihre Machtergreifung im Oktober hatte sich auf die Annahme gestützt, dass sie den Funken für eine sozialistische Revolution in ganz Europa und vielleicht in der gesamten kolonialen Welt schlagen würde. Als diese Revolution jedoch ausblieb, fühlten sie sich fast unvermeidlich genötigt, eine Strategie zu übernehmen, die – wenn auch nur im Interesse der eigenen Verteidigung – die Industrialisierung über alles stellte.“¹⁴

Nach Figes ist der Terror der Stalinzeit mit der gleichzeitigen gewaltsamen Industrialisierung der Sowjetunion untrennbar verknüpft. Deren mörderisches Tempo führt Figes auf die Überzeugung der Bolschewiki zurück, von feindlichen Mächten eingekreist zu sein, nachdem die erwartete Weltrevolution ausgeblieben war. Auf dieses Gefühl, sich in einem Meer von Feinden behaupten zu müssen, ist Poppers Vorwurf gemünzt, die Kommunisten hätten eine geradezu paranoide Verschwörungstheorie entwickelt.

Für unsere Leitfrage, ob der Kommunismus des 20. Jahrhunderts die unvermeidliche Höllenfahrt einer politischen Utopie war – wie Popper behauptet –, ist es somit von zentraler Bedeutung zu klären, welche Rolle der 1. Weltkrieg und die Erwartung eines neuen Krieges beim Weg in die Gewaltherrschaft Stalins tatsächlich spielten. Die Repression, die alle kommunistischen Systeme des 20. Jahrhunderts durchzieht, ist das Symptom dafür, dass die Utopie der klassenlosen Gesellschaft faktisch gescheitert ist. Dies rechtfertigt es, vom „Ende des Marxismus“ auch angesichts der Tatsache zu reden, dass es nach wie vor eine kommunistische Großmacht gibt – die Volksrepublik China: Ihr wirtschaftlicher Aufschwung in den letzten Jahrzehnten ging mit einer deutlichen Vergrößerung der Kluft zwischen Reich und Arm einher; beide Phänomene sind auf die Übernahme marktwirtschaftlicher Prinzipien zurückzuführen. Es bleibt jedoch zu fragen, ob nicht alternative Entwicklungen des Kommunismus im 20. Jahrhundert denkbar

¹² Ebd. S. 872.

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd.

sind – in Richtung eines demokratischen Sozialismus. Diese Frage führt auf eine zweite: Sind Marx' und Engels' Analysen der Gesellschaftsformen, die sie vorfanden, Phantasereien verbohrrter Ideologen – oder aber profunde Erklärungsmuster historischer Prozesse?

Zunächst zu den Hintergründen der Oktoberrevolution in Russland: Figes' These, dass dem 1. Weltkrieg hierbei eine Schlüsselrolle zukommt, ist m. E. richtig. Im Februar 1917 wurde das Zarenregime innerhalb weniger Tage gestürzt, als die Arbeiter in der Hauptstadt Petrograd (dem heutigen St. Petersburg) streikten und die dort stationierten Gardesoldaten sich weigerten, auf das eigene Volk zu schießen. Während der Demonstrationen im Januar 1905 hatten sie dem Schießbefehl des Zaren noch Folge geleistet und ein Massaker vor dem Winterpalast verübt. Anfang 1917 war die Bevölkerung des Russischen Reiches aus gutem Grund kriegsmüde; Millionen von Soldaten waren in immer neuen, ergebnislosen Offensiven getötet oder verwundet worden. Die Versorgungslage der Bevölkerung wurde immer schlechter. Viele der Soldaten verstanden gar nicht, wofür sie eigentlich kämpften. 80 % der Bevölkerung des Russischen Reiches waren damals Analphabeten. Als man ihnen erklärte, man müsse jetzt Krieg führen, um Serbien beizustehen, das von Österreich-Ungarn angegriffen worden war, und z war deshalb, weil der Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajevo von einem Attentäter ermordet worden war, den die österreichische Regierung verdächtigte, im Auftrag der serbischen Regierung gehandelt zu haben, hörten viele Soldaten die Namen „Serbien“ und „Österreich-Ungarn“ zum ersten Mal. Die Auskunft war obendrein völlig falsch: Die Ermordung Franz Ferdinands war nur der Anlass, aber keineswegs der Grund für den 1. Weltkrieg. Bei den Regierungen der europäischen Großmächte hatte sich vielmehr schon seit Jahren die Auffassung durchgesetzt, dass der große Krieg unvermeidlich sei. Der deutsche Generalstab hatte seit 1905 den Plan für einen Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und Russland in der Schublade. Nach dem Attentat von Sarajevo war man am Kaiserhof in Schönbrunn keineswegs unglücklich darüber, dass man Franz Ferdinand auf diese Weise losgeworden war, da er in beständiger Opposition zu Kaiser Franz Joseph gestanden hatte. „Damit habe ich eine große Sorge weniger“, sagte Franz Joseph zu seiner Tochter, als er die Todesnachricht erhielt.¹⁵

Orlando Figes zitiert Aussagen russischer Frontsoldaten, die ein Kriegsteilnehmer aus Smolensk notiert hatte: „Welcher Teufel hat diesen Krieg über uns gebracht? Wir mischen uns in anderer Leute Angelegenheiten ein.“ „Ist es nicht vollkommen egal,

¹⁵ Zitiert nach: David Fromkin: *Europas letzter Sommer*. München 2005. S. 173 f.

unter welchem Zaren wir leben? Unter dem deutschen kann es nicht schlimmer sein.“
 „Lass sie doch allein kämpfen.“¹⁶

Als das Zarenregime gestürzt wurde, waren die Bolschewiki noch relativ einflusslos. Sie profilierten sich in den folgenden Monaten dadurch, dass sie mit allem Nachdruck für einen sofortigen Friedensschluss und die Aufteilung des Großgrundbesitzes unter den Bauern eintraten. Die Provisorische Regierung aus bürgerlichen und sozialdemokratischen Politikern, die nach dem Sturz des Zaren im Februar 1917 gebildet worden war, verlor in den folgenden Monaten den Rückhalt in der Bevölkerung, da sie den Krieg fortsetzte – sogar noch intensivierte – und die erwartete Landreform hinauszögerte. Aufgrund des rapiden Vertrauensverlustes der Bevölkerung konnte die Provisorische Regierung im Oktober 1917 von den Petrograder Arbeiter- und Soldatenräten, in denen die Bolschewiki inzwischen die Mehrheit hatten, gestürzt werden.

Die Mehrheit der Soldaten gelangte im Laufe des Jahres 1917 zu der Überzeugung, dass die Bolschewiki die einzigen waren, die ihre Forderungen nach sofortigem Friedensschluss und der Abschaffung der Adelherrschaft und des Großgrundbesitzes ernst nahmen. In der Zarenzeit wurden die Rekruten der russischen Armee in der Zarenzeit von ihren Offizieren, die fast alle adlig waren, wie Leibeigene behandelt.¹⁷ Schläge mit der Faust oder dem Gewehrkolben ins Gesicht waren eine alltägliche Disziplinierungsmaßnahme. Während des 1. Weltkriegs trat unübersehbar zutage, dass die Offiziere ihre Soldaten als bloßes Menschenmaterial betrachteten. Sie befahlen selbstmörderische Infanterieangriffe auf Artilleriestellungen und verwandten keinerlei Sorgfalt auf die Anlage der Schützengräben, obwohl das Überleben der Soldaten hiervon abhing. Die Soldaten, die einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel verlangten, wurden zum entscheidenden Machtfaktor der Bolschewiki. Hierauf beruhte nicht nur der Erfolg der Oktoberrevolution, sondern auch der Sieg der Bolschewiki im anschließenden Bürgerkrieg, in dem Monarchisten gemeinsam mit bürgerlichen Kräften und einer Reihe von Sozialdemokraten das Sowjetregime bekämpften. Großbritannien, Frankreich und die USA lieferten den anti-bolschewistischen Weißen Armeen Panzer und Flugzeuge; die Ausrüstung der Roten Armee war dagegen mangelhaft. Truppen der West-Alliierten landeten auf der Krim, in Murmansk und Wladiwostok, von wo aus sie – gemeinsam mit den Weißen – entlang der Transsibirischen Eisenbahn vorrückten. Winston Churchill bezeichnete die Weißen Armeen insgesamt als „unsere Truppen“. Im Herbst 1918 befand sich das Sowjetregime in einer kritischen Lage. Die Weißen erreichten die

¹⁶ Figes: *Die Tragödie eines Volkes*, S. 280.

¹⁷ Ebd. S. 74.

Vororte von Petrograd, sie beherrschten die Ukraine, ganz Sibirien und weite Gebiete westlich des Ural. Sie rückten Richtung Moskau vor, wo bereits Schützengräben ausgehoben und gefälschte Pässe für prominente Bolschewiki angefertigt wurden. Dass das Sowjetregime diese Existenzkrise überlebte, lag einzig und allein an der personellen Stärke der Roten Armee. Dieselben Soldaten, die während des 1. Weltkriegs zu Hunderttausenden desertiert waren, waren jetzt bereit, gegen die Weißen zu kämpfen, um die Rückkehr zur Adelsherrschaft zu verhindern. Die Rote Armee hatte zu Beginn des Bürgerkriegs im Frühjahr 1918 100.000 Soldaten, an seinem Ende 1921 5 Millionen. Fürst Lwow, der erste Premierminister der Provisorischen Regierung, der während des Bürgerkriegs bei der US-Regierung um Unterstützung für die Weißen geworben hatte, schrieb im Rückblick:

„Die Menschen unterstützen die Sowjetmacht. Das heißt nicht, dass sie damit zufrieden wären. Aber auch wenn sie die Tyrannei spüren, so sehen sie doch gleichzeitig, dass Menschen ihres Typs in den Apparat aufgenommen werden, und das gibt ihnen das Gefühl, dass das Regime ‚ihres‘ ist.“¹⁸

Während des Bürgerkriegs begann der Rote Terror, dem Zehntausende sogenannter Konterrevolutionäre zum Opfer fielen. Er nahm solche Formen an, dass führende Bolschewiki wie Nikolai Bucharin und Sympathisanten des neuen Regimes wie Maxim Gorki dagegen protestierten – vergeblich. Der Terror der Weißen stand dem Roten jedoch in nichts nach. Das massive Engagement der West-Alliierten zugunsten der Weißen lässt sich keinesfalls als Verteidigung der Freiheit gegen den Totalitarismus deuten. Die Weißen verübten Massaker an der jüdischen Bevölkerung, die die Pogrome der Zarenzeit in den Schatten stellten. Die Weißen rechtfertigten ihre antisemitischen Ausschreitungen damit, dass die Bolschewiki den Juden soziale Aufstiegschancen eröffnet hatten – dies werde Russland ruinieren. Nach neueren Schätzungen wurden bis zu 150.000 Juden von den Weißen ermordet.

Der Bürgerkrieg kostete über 9 Millionen Menschen das Leben – im 1. Weltkrieg hatte das Russische Reich 2 Millionen Menschen verloren. Durch die Hungersnot, die dem Bürgerkrieg folgte, starben nochmals 5 Millionen Menschen.

Die Unterstützung der Weißen durch die West-Alliierten im Bürgerkrieg war der *eine* Grund für das anhaltende Gefühl der Bolschewiki, von feindlichen Mächten eingekreist zu sein, ohne das es zum Stalinismus nicht gekommen wäre. Der *andere* Grund bestand in einem Umstand, der für die Geschichte des Kommunismus im 20. Jahrhun-

¹⁸ Zitiert nach: Figes: *Die Tragödie eines Volkes*, S. 863.

dert wie auch für das Bild der Theorie von Marx und Engels in der westlichen Öffentlichkeit von größter Bedeutung war: dem Bruch mit der Sozialdemokratie durch den Entschluss zum bewaffneten Aufstand, den Lenin gegen den Widerstand der Mehrheit der führenden Bolschewiki im Laufe des Jahres 1917 durchgesetzt hatte.

1917 gab es weltweit keine Partei, die sich „kommunistisch“ nannte. Die Parteien, die für die Emanzipation der Proletarier eintraten und sich hierbei – zumindest partiell – auf die Theorie von Marx und Engels stützten, bezeichneten sich selbst als „sozialdemokratisch“ oder „sozialistisch“. Ihr Dachverband war die Sozialistische Internationale. Sie hatte 1914 3,3 Millionen Mitglieder in 20 Ländern an. Ihr politischer Einfluss wird daran sichtbar, dass der 1. Mai, den sie zum Kampftag für den 8-Studentag ausgerufen hatten, in vielen Ländern zum gesetzlichen Feiertag wurde. Engels stand in seinen letzten Lebensjahren (er starb 1895, 12 Jahre nach Marx) in engem Kontakt zur deutschen Sozialdemokratie. Karl Kautsky, der jahrelang sein persönlicher Mitarbeiter in London war, war Mitverfasser des Erfurter Parteiprogramms der SPD aus dem Jahre 1891: Engels nannte es „unser Programm“; er sprach von der SPD als „unsere[r] Partei“. Er sah nun in den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien, die sich in den europäischen Parlamenten etabliert hatten, die entscheidenden Kräfte, die den Kapitalismus überwinden würden. Hiermit ging eine grundlegende Neubestimmung des Revolutionsbegriffs einher. Im *Kommunistischen Manifest* von 1848 sprachen Marx und Engels von der proletarischen Revolution als einem bewaffneten Umsturz. Nachdem in den folgenden Jahrzehnten in den meisten kontinentaleuropäischen Staaten eine parlamentarische oder zumindest halb-parlamentarische Regierungsform eingeführt worden war – in Großbritannien und den USA bestand sie ohnehin – , verwendete Engels den Begriff der Revolution in seinen letzten Lebensjahren im Sinne eines evolutionären Prozesses. Er konnte sich nun vorstellen, dass die alte, kapitalistische Gesellschaft „friedlich in die neue hineinwachse“.

Die russischen Bolschewiki waren zunächst die Mehrheitsfraktion der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (daher der Name: „bolschoi“ bedeutet „groß“, die Vertreter der Minderheitenfraktion wurden Menschewiki genannt). Als Lenin im April 1917 auf einer Versammlung beider Fraktionen zum bewaffneten Aufstand gegen die Provisorische Regierung aufrief, reagierten die meisten Anwesenden mit Entsetzen. Lenin wurde entgegengehalten, dass gemäß der Theorie von Marx und Engels ein Agrar- und Feudalstaat wie Russland zunächst eine Phase der bürgerlichen Revolution durchlaufen müsse, was im Moment geschehe. Lenin antwortete hierauf, dass es beim

bewaffneten Umsturz, für den er eintrat, nicht in erster Linie um Russland gehe, sondern darum, ein Signal für eine proletarische Revolution in den entwickelten Industriestaaten zu geben. Lenins entscheidendes Argument lautete, dass die Parteien der Sozialistischen Internationale versagt hätten, indem sie den 1. Weltkrieg nicht verhindert hätten, womit das parlamentarische System desavouiert sei.

Als sich nach 1900 abzeichnete, dass die Regierungen der europäischen Großmächte auf einen Weltkrieg zusteuerten, hatten die Parteien der Sozialistischen Internationale vereinbart, ihre Mitglieder zur Kriegsdienstverweigerung aufzurufen. Dieser Plan scheiterte im Juli 1914. Entscheidenden Anteil daran hatte die SPD, die die deutsche Mobilisierung nun unterstützte. Dagegen wandte sich der Vorsitzende der französischen Sozialisten, Jean Jaurès, mit aller Entschiedenheit gegen den Krieg; er wurde daraufhin von einem Nationalisten ermordet. Nach seinem Tod brach – unter dem Eindruck der deutschen Mobilisierung – der Widerstand der französischen Sozialisten gegen den Krieg zusammen. Lenin warf den Sozialdemokraten, die den Krieg unterstützten, zu Recht vor, das Programm der Sozialistischen Internationale verraten zu haben. Die Worte „Hölle“ und „Wahnsinn“, die Popper auf den Kommunismus des 20. Jahrhunderts bezieht, passen voll und ganz auf die Lage der Frontsoldaten im 1. Weltkrieg. Das Wort von der „Hölle von Verdun“ hat sich im Sprachgebrauch eingebürgert. Auf einer Frankreich-Reise las ich im *Dumont Kunst-Reiseführer Burgund*, dem sicherlich niemand politische Agitationsabsichten unterstellen wird, dass man angesichts der zahllosen Denkmäler für die Gefallenen des 1. Weltkriegs nur fassungslos darüber sein könne, was der – so wörtlich „Wahn nationalstaatlichen Denkens“ in Europa angerichtet habe.¹⁹ Die letzten beiden französischen Veteranen des 1. Weltkriegs, die vor kurzem starben, verweigerten das vom Präsidenten gewünschte Staatsbegräbnis.

Lenins Plan, die Provisorische Regierung in Russland gewaltsam zu stürzen, stützte sich auf die Annahme, dass die etablierten Parteien aller kriegführenden Länder den Kontakt zur Bevölkerung verloren hatten, so dass die Zeit für eine Revolution in den entwickelten Industriestaaten reif sei. Diese Annahme erwies sich nach dem Ende des 1. Weltkriegs als falsch. Die kommunistischen Aufstände in Deutschland, Ungarn und dem Baltikum scheiterten. In Frankreich oder Großbritannien wurde eine Revolution nicht einmal versucht. Lenin hatte sich mit dem Putsch gegen die Provisorische Regierung Russlands diejenigen Sozialdemokraten zu Feinden gemacht, die am parlamentarischen Weg zum Sozialismus, den der späte Engels anvisiert hatte, festhielten. Dies hatte

¹⁹ Thorsten Droste: *Burgund*. Köln 1998. S. 18.

zur Folge, dass die deutschen Sozialdemokraten die gewaltsame Niederschlagung des Spartakus-Aufstands in Berlin und der Münchner Räterepublik durch die Reichswehr und Freikorps offen unterstützten. Damit war das Ziel der russischen Bolschewiki, eine Weltrevolution auszulösen, hinfällig geworden. Sie waren international völlig isoliert.

In der Sowjetunion begann nach dem Ende des Bürgerkriegs und der Hungersnot von 1921/22 eine Phase der wirtschaftlichen Erholung. Der Boden war unter den Bauern verteilt worden. Handwerksbetriebe und kleinere mittelständische Unternehmen blieben in Privatbesitz. Zunächst wurden lediglich die großen Fabriken und die Banken verstaatlicht. Diese Phase der sogenannten „Neuen Ökonomischen Politik“, in der Preise und Löhne weitgehend vom Gesetz von Angebot und Nachfrage bestimmt wurden, endete 1928/29 nach einem Richtungskampf in der Kommunistischen Partei: Die Fraktion Stalins setzte gegen den Widerstand der sogenannten „Rechten“ um Bucharin, die an einer staatlich kontrollierten Marktwirtschaft festhalten wollten, ein halsbrecherisches Tempo der Industrialisierung nach 5-Jahres-Plänen und die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft durch; diese sollte den Einsatz von Maschinen in der Agrarproduktion erleichtern. Die Wachstumsraten der Industrieproduktion waren während des ersten 5-Jahres-Plans zweistellig; die Kehrseite des Aufschwungs der Industrie war jedoch ein regelrechter Krieg gegen das Dorf, wo die Mehrheit der Bevölkerung lebte. Die Bauern lehnten die Kollektivierung der Landwirtschaft größtenteils ab. Ihr Widerstand wurde durch massive Repression gebrochen. Der Staat legte die abzuliefernden Mengen landwirtschaftlicher Produkte fest und trieb sie bei den Bauern unnachgiebig ein, um auf diese Weise die rasant wachsende Stadtbevölkerung zu ernähren. Aufgrund der rücksichtslosen Getreiderequirierung kam es 1933/34 zu einer weiteren Hungersnot auf dem Land, der vermutlich fünf bis sechs Millionen Menschen zum Opfer fielen.

Orlando Figes sieht den Hauptgrund für die gewaltsame Industrialisierung unter Stalin, die eine massive Aufrüstung einschloss, in der Furcht vor einem neuen Krieg. Ab 1927 kam es zu ernsthaften Konflikten mit Großbritannien, China und Japan. Dies ist jedoch nicht das einzige Motiv – was daran deutlich wird, dass die Geschichte der Sowjetunion unter Stalin und der Volksrepublik China unter Mao Tse-tung auffällige Parallelen aufweist: In beiden Ländern kamen die Kommunisten aufgrund der Schwächung der herrschenden Regimes durch einen Weltkrieg zu einem Zeitpunkt an die Macht, als es noch keine entwickelte Industrieproduktion gab. Mao Tse-tung setzte 1958 mit dem sogenannten „Großen Sprung nach vorn“ ein ebenso forciertes Industrialisierungsprogramm in Gang wie Stalin mit dem 1. 5-Jahres-Plan. Während Stalin sein –

zweifellos zynisches – Ziel, die Industrieproduktion ohne Rücksicht auf die Bauern voranzutreiben, zumindest teilweise erreichte, endete der Große Sprung in China in einer Jahrhundertkatastrophe: dem Hungertod von mehr als 20 Millionen Menschen. Die unübersehbare Parallele zwischen den Industrialisierungsprogrammen Stalins und Maos verweist auf ein gemeinsames Motiv: Die Industrielle Revolution, die im westlichen Kapitalismus vom Bürgertum herbeigeführt worden war und nach Marx und Engels die Voraussetzung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung bildete, sollte in der Sowjetunion und China durch staatliche Planung nachgeholt werden. Die Industrialisierungsprogramme Stalins und Maos hatten somit in dem Sinne ein ideologisches Motiv, dass der Geburtsfehler der kommunistischen Herrschaft in der Sowjetunion und China nachträglich behoben werden sollte: der darin besteht, dass gemäß der Theorie und Marx und Engels in beiden Ländern noch gar nicht die Vorbedingungen für eine kommunistische Gesellschaft gegeben waren. Warum Marx und Engels der Industrialisierung diese Schlüsselrolle zusprechen, werden wir gleich sehen.

Trotz des unverkennbar ideologischen Hintergrunds der Wirtschaftspolitik Stalins und Maos wäre es kurzschlüssig, der kommunistischen Führungsschicht der Sowjetunion und Chinas pauschal – mit Popper – das Etikett „Wahnsinn“ anzuheften. Die Kriegsfurcht, die sich in der Sowjetunion nach 1927 ausbreitete, war keineswegs paranoid. Die Spannungen mit Großbritannien, China und Japan waren nicht von der Sowjetunion provoziert worden; sie befand sich vielmehr in der Defensive. Die Machtergreifung Hitlers, der in *Mein Kampf* die Eroberung Russlands zu seinem außenpolitischen Kernziel erklärt hatte, bedeutete eine ernsthafte Bedrohung für die international isolierte Sowjetunion. Hitler erlangte aufgrund seines militanten Anti-Kommunismus in der westlichen Öffentlichkeit beträchtliche Popularität. Die New Yorker Zeitschrift *Time* wählte ihn 1936 zum „Man of the Year“. Als sich Charlie Chaplin nach der Reichspogromnacht 1938 entschloss, seinen Film *Der große Diktator* zu drehen, war keine einzige Bank in den USA bereit, ihm hierfür einen Kredit zu geben. Chaplin konnte seinen Plan nur mit Hilfe seines Privatvermögens realisieren. Als der Film 1940 in die Kinos kam, bat Präsident Roosevelt Chaplin zu einem Gespräch ins Weiße Haus. Chaplin berichtet in seiner Autobiographie hierüber folgendes: „Als ich in sein Arbeitszimmer geführt wurde, begrüßte er mich und sagte: ‚Setzen Sie sich, Charlie. Ihr Film bereitet uns große Unannehmlichkeiten in Argentinien.‘“²⁰ Das war – so Chaplin – Roosevelts einzige Äußerung zu dem Film.

²⁰ Chaplin: *Die Geschichte meines Lebens*. Frankfurt a. M. 1964. S. 412.

In der Sowjetunion rief die von Stalin durchgesetzte gewaltsame Industrialisierung mit ihren verheerenden Folgen für die Landbevölkerung auch in der Kommunistischen Partei erheblichen Widerstand hervor. Der ehemalige Moskauer Parteisekretär Rjutin nannte Stalin 1932 öffentlich den „bösen Geist der russischen Revolution“.²¹ Bucharin hatte schon 1929 – nach seiner Niederlage im Richtungskampf mit Stalin – geschrieben: „Stalin [...] wird die Rebellion in Blut ertränken, er wird uns erdrosseln [...] Er ist ein prinzipienloser Intrigant, der alles seiner Machtgier unterordnet. [...] Er ist der neue Dschingis Khan.“ Auf dem XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion 1934 erhielten Stalin und seine Fraktion zahlreiche Gegenstimmen. Stalins Antwort bestand im sogenannten „Großen Terror“, der die zaristische wie auch die bisherige bolschewistische Repression in den Schatten stellte. Der Stalinsche Terror, der 1937 seinen Höhepunkt erreichte, richtete sich zunächst gegen die Oppositionellen in der Kommunistischen Partei – hierzu zählten die meisten Weggefährten Lenins –, im weiteren Verlauf dann gegen ganze Bevölkerungsgruppen, die als politisch unzuverlässig eingestuft wurden. Stalin ließ 1937/38 auch den Großteil der Führungsspitze der Roten Armee liquidieren. Dass er dies in einer Situation befahl, in der er mit einem Angriff auf die Sowjetunion rechnete, lässt sich nur damit erklären, dass er einen Militärputsch erwartete. Sein Außenminister Molotow behauptete noch in den 90er Jahren, dass die Oppositionellen in der Kommunistischen Partei gemeinsam mit führenden Offizieren der Roten Armee den Sturz Stalins vorbereitet hatten. Orlando Figes ist von einer solchen Konspiration fest überzeugt. Arch Getty und Oleg Naumov führen in ihrem Standardwerk *The Road to Terror. Stalin and the Self-Destruction of the Bolsheviks* einige Indizien für eine Konspiration gegen Stalin an, betonen allerdings, dass man wohl nie endgültige Gewissheit erlangen wird. In jedem Fall bleibt festzuhalten, dass der Stalinsche Terror einem Richtungskampf innerhalb der Bolschewiki entsprang – zwischen den Verfechtern der gewaltsamen Industrialisierung und einem pragmatischen Flügel. Auch hierfür gibt es eine Parallele in der Geschichte Chinas: Mao wurde nach dem gescheiterten Großen Sprung vom pragmatisch orientierten Parteiflügel politisch kaltgestellt und eroberte durch die sogenannte Kulturrevolution 1966/67, die massiven Terror einschloss, die Macht zurück. Nach seinem Tod wurden seine engsten Weggefährten – darunter seine Ehefrau – festgenommen und zunächst zum Tod, später zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt.

²¹ Vgl. Manfred Hildermeier: *Geschichte der Sowjetunion 1917-1991*. München 1998. S. 405.

Für die Bevölkerung der Sowjetunion bedeutete nach den Gewaltexzessen der beiden Weltkriege und des Stalinschen Terrors die von Chruschtschow initiierte Entstalinisierung eine spürbare Erleichterung. Nach einer Phase der Stagnation von der Mitte der 60er bis zur Mitte der 80er Jahre knüpfte die Perestrojka Gorbatschows an die Programmatik des sogenannten „rechten“ Parteiflügels um Bucharin in den 20er Jahren an. Unter dem Einfluss Bucharins war 1937 das Recht auf allgemeine, gleiche und geheime Wahlen in die Verfassung der Sowjetunion aufgenommen worden. Karl Schlögel hat in seiner Monographie *Terror und Traum. Moskau 1937*, die von der ZEIT-Redaktion zum besten politischen Buch des Jahres 2008 gewählt wurde, die Koinzidenz dieses Ereignisses mit dem Höhepunkt des Stalinschen Terrors hervorgehoben: Parallel zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts wurden zahllose tatsächliche oder vermeintliche Oppositionelle von Stalins Geheimpolizei verhaftet, viele von ihnen hingerichtet, darunter Bucharin selbst.

Für Poppers Bild des Kommunismus ist seine Stellungnahme zu Gorbatschow in dem schon mehrfach genannten *Spiegel*-Interview aufschlussreich. Nach Popper hat Gorbatschow die „unmarxistische Formel aufgestellt: Ich will Russland einen normalen Staat werden lassen“²² – „normal“ sind für Popper die westlichen Staaten. Gerd Ruge, der langjährige ARD-Korrespondent in Moskau, nannte Gorbatschow einen „Mann der Visionen“. Sollte der westliche Kapitalismus Gorbatschows Vision gewesen sein, verdankt er seine Wahl zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bemerkenswerten schauspielerischen Fähigkeiten. Vielleicht hatte er aber eine andere Vision.

Vor einigen Jahren hatte ich das große Glück, mit einem Forschungsstipendium des nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministeriums ein Jahr in Prag verbringen zu können. Damals fand aus Anlass des 40. Jahrestags des Prager Frühlings eine Podiumsdiskussion im Prager Goethe-Institut statt, an der unter anderem Egon Bahr und Hans-Joachim Gauck teilnahmen. Die wichtigste Botschaft des Abends lautete, dass die Protagonisten des Prager Frühlings Reform-*Kommunisten* waren. Sie setzten nach dem Ende des Prager Frühlings ihre Hoffnung darauf, dass eines Tages in der Sowjetunion Leute ans Ruder kommen würden, die dasselbe Ziel verfolgten wie sie: einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Im Prager Goethe-Institut waren sich alle einig, dass genau dies das Anliegen Gorbatschows war. Talcott Parsons, einer der bedeutendsten Soziologen des 20. Jahrhunderts, Professor in Harvard, hatte bereits Anfang der 70er Jahre die

²² Popper: *Alles Leben ist Problemlösen*, S. 287.

Vermutung geäußert, dass sich der sowjetische Kommunismus von innen heraus demokratisieren werde.²³

So stellt sich umso dringlicher die Frage, warum das kommunistische Experiment gescheitert ist. Wir müssen hierzu einen Blick auf die Theorie von Marx und Engels werfen. Wir wollen dabei zugleich der Frage nachgehen, ob ihre Gesellschaftsanalysen fundiert sind. Ich beziehe mich im Folgenden auf ihr Frühwerk *Die deutsche Ideologie*.

Marx und Engels sehen – im Anschluss an Rousseau – in der Arbeitsteilung und der damit verknüpften Tauschwirtschaft die Keimzelle sozioökonomischer Konflikte, die sich zu Klassengegensätzen verfestigen. Während jeder Produzent eine möglichst große Gewinnspanne anstrebt, sind die Konsumenten an niedrigen ‚Einkaufspreisen‘ interessiert. Dies führt zu einem Konkurrenzkampf unter den ‚Anbietern‘, dessen Wechselfälle sich in einer sozioökonomischen Hierarchisierung niederschlagen – da die erfolgreichen Produzenten ihren Besitz vermehren und hierdurch sich selbst und ihren Nachkommen eine dauerhafte Überlegenheit sichern können. Die Angehörigen verarmter oder von vornherein mittelloser Familien bilden ein Reservoir von Arbeitskräften, das die Begüterten zur weiteren Vermehrung ihres Wohlstands nutzen können. Die Konflikte zwischen den „durch die Teilung der Arbeit bereits bedingten Klassen“ (Marx/Engels) machen die Etablierung des staatlichen Gewaltmonopols erforderlich – andernfalls droht ein Krieg aller gegen alle. Der Staat kann seine Funktion, die unkontrollierte Eskalation der aus der Arbeitsteilung entspringenden Konflikte zu verhindern, nur erfüllen, wenn er als Sachwalter von Allgemeininteressen auftritt; so bezeichnen es alle Staaten als ihre Aufgabe, das Leben jedes Bürgers zu schützen und dafür Sorge zu tragen, dass alle ihr Auskommen finden. Die normative Selbstbeschreibung jedes Staates ist somit ein Gegenbild zum Kampf der Partikularinteressen, der aus der Arbeitsteilung resultiert. Marx und Engels vertreten allerdings in Bezug auf alle bisherigen Gesellschaftsformen die These, dass sich im staatlichen Machtgefüge faktisch die gesellschaftliche Klassenstruktur widerspiegelt: Die ökonomisch dominierende Schicht ist demnach auch im Besitz der realen politischen Macht. Dies geht – da der Staat als Anwalt von Allgemeininteressen auftreten muss – mit der ideologischen Verschleierung der faktisch ablaufenden politischen Prozesse einher: Die herrschende Klasse gibt ihre Partikularinteressen, von denen sie faktisch geleitet ist, als Allgemeininteressen aus.

Marx und Engels ziehen aus ihrer Kernthese, dass die gesellschaftlichen Konflikte und Klassenstrukturen letztlich aus der Arbeitsteilung stammen, den Schluss, dass die

²³ Parsons: *Das System moderner Gesellschaften*. Weinheim/München 1972. S. 161.

Herrschaft des Menschen über den Menschen nur dann überwunden werden kann, wenn die Arbeitsteilung beseitigt wird, und zwar dadurch, dass die Arbeit selbst im Sinne der erzwungenen Berufstätigkeit überflüssig wird, indem alle Produkte, die für unseren Lebensunterhalt erforderlich sind, von Maschinen hergestellt werden. Aus diesem Grunde erklären Marx und Engels die Industrialisierung zur unentbehrlichen Voraussetzung einer kommunistischen Gesellschaft. Deren Mitglieder sollen ihre individuellen Talente und Interessen frei zur Entfaltung bringen können. Mit ihrer Idee eines kommunistischen Humanismus greifen Marx und Engels das neuhumanistische Bildungsideal auf, wie es etwa Friedrich Schiller in seinen Briefen *Über die ästhetische Erziehung des Menschen* formuliert hat.

Marx' und Engels' Zukunftsvision der maschinellen Produktion aller lebensnotwendigen Güter ist keineswegs so abwegig, wie es zunächst erscheint: Durch die Computertechnologie kann der Anteil menschlicher Arbeit am Produktionsprozess minimiert werden. Marx und Engels haben sich jedoch nicht eingestanden, dass die Arbeitsteilung auch in einer kommunistischen Gesellschaft nicht verschwinden kann, da im Dienstleistungssektor (dem Verkehr, Warenvertrieb, der Erziehung und Bildung, Alten- und Krankenpflege usw.) die fachkundige Arbeit von Menschen unentbehrlich ist, so dass Interessengegensätze zwischen Anbietern und Abnehmern der einzelnen Dienstleistungen und die Konkurrenz um attraktive Arbeitsplätze fortbestehen. Überträgt man die Kontrolle des Dienstleistungssektors staatlichen Behörden, um dieses Konfliktpotential einzudämmen, so wird erneut eine Machtelite geschaffen, die in der Versuchung steht, sich Privilegien anzueignen. So ist es nicht verwunderlich, dass sich in den kommunistischen Staaten eine neue herrschende Klasse herausbildete: die der Parteifunktionäre.

Die kommunistische Utopie musste somit deshalb scheitern, weil sich die Arbeitsteilung letztlich nicht beseitigen lässt. Sind damit auch die Gesellschaftsanalysen von Marx und Engels hinfällig? Kehren wir zu dem Ereignis zurück, das der *Spiegel* die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ genannt hat: dem 1. Weltkrieg. Wir haben gesehen, dass die politischen Eliten ihren Völkern eine irreführende Erklärung seines Ursprungs gaben. Was war sein realer Ursprung? Konsultieren wir ein Werk, von dem man Objektivität erwarten kann: *Meyers Enzyklopädisches Lexikon*:

„Elementare Voraussetzung [des 1. Weltkriegs] war das System des europäischen Imperialismus mit Spannungen und Rivalitäten zwischen den europäischen Großmächten [...] Der Imperialismus hatte sich [...] im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts zu einem erdumspannenden System [...] entwickelt [...] Die kolonialen Erwerbungen [...]

hatten zunächst innereuropäische Spannungen an die Peripherie abgeleitet und dort weitgehend neutralisiert. Mit Vollendung des imperialistischen Systems um 1900 kehrten die Spannungen nach Europa zurück, verschärft durch den Kampf der weiter expandierenden Industrie um Rohstoffquellen und Absatzmärkte in Übersee“.²⁴

Dies ist genau die Erklärung, die Lenin – auf der Basis der Theorie von Marx und Engels – vom Ursprung des 1. Weltkriegs gab: Der Expansionsdrang der europäischen Kolonialmächte hatte die Funktion, soziale Spannungen in den europäischen Klassengesellschaften unter Kontrolle zu halten. Die Bevölkerungsmehrheit sollte durch die Steigerung des materiellen Wohlstands infolge der kolonialen Eroberungen davon abgehalten werden, der Führungsschicht ihre Privilegien streitig zu machen. Die ökonomischen Triebkräfte der europäischen Politik wurden ideologisch verschleiert, indem es die Kolonialmächte als ihr Ziel ausgaben, die ganze Welt zum Christentum zu bekehren bzw. an den Fortschritten der europäischen Kultur teilhaben zu lassen.

Dieses Erklärungsmuster der ideologischen Verschleierung einer Politik, der es letztlich um die Durchsetzung der eigenen ökonomischen Interessen auf Kosten anderer geht, lässt sich auf den westlichen Antikommunismus übertragen. Mit der Begründung, die kommunistische Bedrohung eindämmen zu müssen, haben westliche Staaten immer wieder demokratisch gewählte Regierungen gestürzt: etwa den iranischen Premierminister Mossadegh oder die Präsidenten Lumumba im Kongo und Allende in Chile. Meist kamen Diktatoren an die Macht, die westlichen Wirtschaftsinteressen zuarbeiteten. Antikommunistische Regimes wurden trotz schwerster Menschenrechtsverletzungen vom Westen toleriert oder sogar aktiv unterstützt. Ein Beispiel, dem man viele andere hinzufügen könnte: Nach dem Militärputsch in Argentinien 1978 wurden Tausende Oppositioneller gefoltert und ermordet, darunter Elisabeth Käsemann, Tochter des prominenten Tübinger Theologen Ernst Käsemann. Nach ihrem Verschwinden bat ihre Familie das deutsche Auswärtige Amt um Hilfe – vergeblich. Die *Süddeutsche Zeitung* schrieb in ihrem Artikel über Elisabeth Käsemann vom 9. April 2011 – er trägt den Titel „Ermordet wegen ihrer Ideale“: „Außenminister Hans-Dietrich Genscher ignorierte das Gesuchen der Käsemanns. [...] Die Bundesrepublik unter Kanzler Helmut Schmidt machte gerade millionenschwere Waffengeschäfte mit Argentinien, deutsche Konzerne wurden die wichtigsten Rüstungslieferanten der Tyrannei.“ (S. 5). Popper bezeichnet im erwähnten *Spiegel*-Interview die These, dass die westlichen Staaten eine Mitschuld an

²⁴ Meyers Enzyklopädisches Lexikon. 25 Bde. Mannheim 1971-79. Bd. 25, S. 192 f.

der Not und Armut im globalen Süden tragen, als „baren Unsinn“.²⁵ Zu solchen Vokabeln greift man in der Regel dann, wenn einem die Argumente ausgehen.

„Wir stehen alle auf den Schultern von Karl Marx“: Dieses Bekenntnis stammt vom Jesuitenpater Oswald von Nell-Breuning.²⁶ Er war Professor für Ethik und christliche Soziallehre in Frankfurt a. M. Unter dem Einfluss der christlichen Soziallehre wurden in das Ahlener Programm der CDU aus dem Jahre 1947 kapitalismus-kritische Forderungen aufgenommen: nach Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, Zerschlagung von Monopolen und Kartellen und einer betrieblichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Das Ahlener Programm wurde in den Jahren des Wirtschaftswunders weichgespült. Nach neueren Meinungsumfragen stehen inzwischen jedoch 70 % der Bundesbürger dem Kapitalismus als System kritisch gegenüber. Es hinterlässt eben seine Spuren, wenn die Bundestagsparteien zwar innerhalb weniger Tage ein milliardenschweres Rettungspaket für die sogenannten „notleidenden Banken“ beschließen, aber monatelang darüber verhandeln, ob die Regelsätze der Hartz-IV-Empfänger um 5 oder 8 € monatlich erhöht werden sollen, nachdem das Bundesverfassungsgericht die bisherige Berechnungspraxis für verfassungswidrig erklärt hatte. Die Nahrungsmittelpreise auf dem Weltmarkt sind inzwischen ein Spekulationsobjekt der Investment-Banker geworden, die hiermit bereits Hungerkrisen in Ländern des globalen Südens hervorgerufen haben. Den Politikern, die das zulassen, möchte man einen Satz des Kirchenvaters Augustinus ins Stammbuch schreiben: „Ein Staat, in dem es keine Gerechtigkeit mehr gibt, was ist der anderes als eine Räuberbande?“ Immerhin gibt es Versuche, die Nahrungsmittelspekulationen einzudämmern – insbes. des französischen Präsidenten Sarkozy; sie hatten allerdings bislang keinen Erfolg. Wie ist das zu erklären?

Johannes Rau, der als Oberbürgermeister von Wuppertal, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Bundespräsident vielfältige und profunde politische Erfahrungen gesammelt hat, wurde einmal in einer Talk-Show gefragt: „Bruder Johannes, Hand aufs Herz – war die Faszination der Macht nicht auch für Sie ein Motiv, Politiker zu werden?“ Raus Antwort lautete: „Die Macht der Politiker wird weit überschätzt. Die wahre Macht in unserer Gesellschaft haben andere“ – Rau nannte an erster Stelle die Banken. Die entspricht genau der These von Marx und Engels, dass die Inhaber der wirtschaftlichen Macht auch die realen Inhaber der politischen Macht sind.

Die gegenwärtige Krise des globalisierten Kapitalismus eröffnet jedoch die Chance, dass wir – die Bürger – die Souveränität über das demokratische Gemeinwesen zurück-

²⁵ Popper: *Alles Leben ist Problemlösen*, S. 285.

²⁶ Nell-Breuning: *Stimmen der Zeit*. 1976, 194. Band, Heft 9, S. 616 ff.

gewinnen: durch die Stärkung zivilgesellschaftlicher Öffentlichkeit. Wir erleben derzeit eine weltpolitische Konvergenz der Systeme, indem in China marktwirtschaftliche Prinzipien fest etabliert sind und im Westen der drohende ökonomische Kollaps nach dem Zusammenbruch von Lehmann Brothers im Herbst 2008 nur durch massive staatliche Interventionen abgewendet werden konnte. Der wirtschaftliche Aufstieg von Schwellenländern wie China, Indien, Brasilien und einer Reihe anderer lateinamerikanischer und asiatischer Staaten bedeutet zugleich das definitive Ende der 500-jährigen Epoche des europäischen Kolonialismus und Neokolonialismus.

Die Demokratisierung in Osteuropa eröffnet eine unvoreingenommene Sicht auf das, worin die bleibende Leistung von Marx und Engels besteht. Sie haben die gesellschaftstheoretischen Ansätze Rousseaus, Herders, Hegels und die klassische Nationalökonomie in bahnbrechender Weise weitergeführt. Hiermit haben sie Maßstäbe für alle nachfolgende Gesellschaftstheorie gesetzt. Ihre Vision eines kommunistischen Humanismus war zugleich – trotz aller utopischen Überhöhung – die Inspirationsquelle des Prager Frühlings und des Friedensnobelpreisträgers Michail Gorbatschow.

Nach dem Fall der Mauer entschloss sich die Berliner Stadtverwaltung, das zu DDR-Zeiten errichtete Bronze-Standbild von Marx und Engels im Stadtzentrum – Marx sitzt auf einem Stuhl, Engels steht neben ihm – an seinem Platz zu belassen. Es steht in Sichtweite des Ortes, an dem Kaiser Wilhelm II. 1914 die Allgemeine Mobilmachung verkündete. So laden Marx und Engels den Betrachter dazu ein, über die Unvernunft in der Geschichte und zugleich die Hoffnung auf eine gerechte Gesellschaft nachzudenken. Und das ist gut so.

Univ.-Professor Dr. **Smail Ropic**

Professor für Philosophie

Bergische Universität Wuppertal

Vortrag in Solingen (20.06.2011) und Remscheid (07.07.2011).

<http://www.philosophie.uni-wuppertal.de/praktische-philosophie/professorinnen/prof-dr-smail-ropic.html>